VERANSTALTUNGSDOKUMENTATION

IM BRENNPUNKT: RECHTSPOPULISMUS UNTER DER LUPE – INTERNATIONAL UND IN FRANKFURT

EINE FACHTAGUNG ZUR POLITISCHEN EINORDNUNG UND MÖGLICHEN GEGENKONZEPTEN

15. SEPTEMBER 2018

FRANKFURT AM MAIN, BÜRGERHAUS BOCKENHEIM

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG HESSEN
FORUM FÜR BILDUNG UND ANALYSE E.V.

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

INHALT

Programm 5

Vorwort 7

Summary 9

Wiegel: Neuer Bonapartismus?
Rechtspopulismus aus historisch-materialistischer Sicht 15

Wiegel: Charts zur Präsentation 19

Fröhlich: Rückkehr zu den politisch Verlassenen 23

Pauli: Kleinteilige Betrachtung für den Frankfurter Westen 30

VERANSTALTUNGSDOKUMENTATION

IM BRENNPUNKT: RECHTSPOPULISMUS UNTER DER LUPE – INTERNATIONAL UND IN FRANKFURT

EINE FACHTAGUNG ZUR POLITISCHEN EINORDNUNG UND MÖGLICHEN GEGENKONZEPTEN

15. September 2018

Frankfurt am Main, Bürgerhaus Bockenheim

Programm:

11:00 Eröffnung und Begrüßung

11:15 Dr. Gerd Wiegel. Autor und wiss. Mitarbeiter der LINKEN Bundestagsfraktion:

„Neuer Bonapartismus". Rechtspopulismus aus historisch-materialistischer Sicht

13:00 Paulina Fröhlich. Das Progressive Zentrum, Berlin:

"Vorstellung "Rückkehr zu den politisch Verlassenen" - 500 Haustürgespräche in strukturschwachen Regionen mit hohem Anteil rechtspopulistischer WählerInnen"

14:30 Dr. Daniel Mullis. Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung:

AfD in Frankfurt konkret – Die Befragung

Dominike Pauli. Fraktionsvorsitzende DIE LINKE im Römer Frankfurt:

Kleinteilige Betrachtung für den Frankfurter Westen – und was Kommunalpolitik tun könnte

16:00 Tom Strohschneider, Publizist, Berlin (früher u. a. Freitag, taz, ND):

AfD und CSU/CDU: Kommt es zum Schulterschluss für eine rechtskonservative Wende?

17:30 Abschlussdiskussion: Gegenkonzepte zum Aufstieg des Rechtspopulismus

VORWORT

Rechtspopulismus unter der Lupe – international und in Frankfurt Unter diesem Titel führte DIE LINKE im Römer in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen am 15. September in Frankfurt/Main eine gemeinsame Fachtagung durch. Ziel war es, die Ergebnisse verschiedener Studien und Untersuchungen über die Ursachen und Erfolgsgründe des Rechtspopulismus im internationalen Vergleich Deutschland/Frankreich („Zurück zu den politisch Verlassenen", Paulina Fröhlich, Progressives Zentrum Berlin), seiner möglichen Gemeinsamkeit mit dem konservativen Lager in der Bundesrepublik (Tom Strohschneider, „Kommt es zum Schulterschluss für eine rechtskonservative Wende?") , durch die Betrachtung konkreter Stadtviertel in Frankfurt am Main (Dominike Pauli, DIE LINKE im Römer; Dr. Mullis, Hess. Stiftung Friedens- und Konfliktforschung), aber auch in seiner historischen Einordnung („Neuer Bonapartismus?", Dr. Gerd Wiegel) miteinander in Zusammenhang zu bringen. Dies scheint uns, ist gelungen. Dafür gilt unser Dank den Referierenden.

Als wesentliche Ergebnisse kristallisierten sich heraus:

- Die Hinwendung zu rechtspopulistischen Meinungen und entsprechendem Wahlverhalten lässt sich nicht monokausal aus prekären Lebensverhältnissen erklären. Eine rein ökonomische Verbesserung für die Betroffenen wird nicht zwangsläufig zu Änderungen in Meinung und Wahlverhalten führen.
- Es ist nicht allein die Ablehnung von Zuwanderung bzw. Geflüchteten, die Menschen zu den Rechtspopulisten treibt, auch wenn dieser Themenbereich eine große Rolle spielt.
- Vielmehr lässt sich eine generelle Verunsicherung angesichts sich verändernder Lebenssituationen, Traditionsbrüchen und Werteverschiebungen erkennen, die WählerInnen nach rechts drängt.
- Für politische Akteure dürfte es von besonderem Interesse sein, dass aus den jeweiligen Studien und Befragungen zu erkennen ist, dass bei den Menschen andauernde Missstände in ihrem unmittelbaren Lebens- und Wohnumfeld, von Wohnraummangel bis fehlender Infrastruktur

und ungenügendem Angebot des ÖPNV, in hohem Maße das Gefühl des abgehängt seins durch „die Politik“ entstehen lassen. Offenkundig ein Nährboden für Rechtspopulisten, der ebenso offenkundig unterhalb der Ebene der „großen Politik“ entsteht.

- Daraus lässt sich ableiten, dass kommunale Themen und Vorschläge bzw. Maßnahmen, die die Missstände vor Ort angehen, entscheidende Bedeutung für mögliche Erfolge gegen rechts haben.

Im Folgenden veröffentlichen wir Zusammenfassungen der gehaltenen Statements. Bezüglich des Beitrags von Dr. Mullis verweisen wir auf seine Veröffentlichung für die Hess. Stiftung Friedens- und Konfliktforschung.

Dominike Pauli
DIE LINKE im Römer
Fraktionsvorsitzende

Dieter Storck
Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen
Vorsitzender

Oktober 2018

SUMMARY

Dr. Gerd Wiegel, Autor und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundestagsfraktion DIE LINKE.:

Der seit 20 bis 25 Jahren anhaltende Trend des Aufkommens und Anwachsens rechtspopulistischer Kräfte in Europa und darüber hinaus hat mit 2015/16 eine Zäsur erfahren, die die liberale Demokratie in eine Krise gestürzt hat. Maßgebend dafür waren vier Ereignisse:

- Der Brexit in Großbritannien (UKIP)
- Die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA, der Weltmacht Nr. 1
- In Frankreich der Einzug von Marine Le Pen in die Stichwahl um die Präsidentschaft und damit einhergehend der Zusammenbruch des traditionellen französischen Parteiensystems,
- Der Wahlerfolg der FPÖ und daraus resultierend ihr Eintritt in die österreichische Regierung.

Der Aufschwung der AfD in Deutschland, auch wenn er noch nicht die Dimension der genannten Beispiele erreicht hat, reiht sich in diese Zäsur ein.

Grundlage dieses Aufschwungs des Rechtspopulismus sind die tiefgreifenden gesellschaftlichen und sozialen Verwerfungen, die der Siegeszug der neoliberalen Globalisierung hervorgerufen hat. Sie haben zu einer großen politischen Verunsicherung gerade auch in den unteren Einkommensschichten geführt. Kennzeichnend dafür ist das Aufkommen einer „rohen Bürgerlichkeit“ (so der Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer) in der Gesellschaft, d.h. das Denken, Mensch kann sich nicht mehr aufeinander verlassen, sondern nur noch auf sich selbst, keine Solidarität mehr untereinander und schon gar nicht gegenüber den sozial Schwächeren: Ausgrenzung von Transferleistungsbeziehern, Geflüchteten, Asylbewerbern usw., die „nichts zum Reichtum beigetragen haben, sondern nur partizipieren.“

Wesentliche Ursache dafür, warum der Rechtspopulismus politisch so stark von dieser Entwicklung profitieren konnte, ist die veränderte Rolle der europäischen Sozialdemokratie, programmatisch dokumentiert im Schröder/

Blair-Papier von 1999: eine Umverteilung von oben nach unten im globalen Kampf ist nicht mehr Thema der Sozialdemokratie, sie sieht vielmehr ihre Aufgabe in der Sicherung der globalen Wettbewerbsfähigkeit Europas; die Verantwortung für die Daseinsvorsorge wird dem Individuum übertragen – Hartz IV und Privatrente stehen bei der SPD exemplarisch für diesen Wandel. Damit hat sie ihre Rolle als „Anwalt der kleinen Leute" aufgegeben. In die dadurch entstandene politische Lücke sind erfolgreich die Rechtspopulisten gestoßen und haben in etlichen Ländern bei den Arbeiterwählern bereits die Sozialdemokratie überrundet.

Gründe für den Aufstieg der AfD:

1. Sozioökonomische Gründe

   Verunsicherungen in der Arbeitswelt

   Abstiegsängste und Abstiegserfahrungen

   Negative ökonomische Zukunftsperspektiven

2. Politisch-kulturelle Werteorientierung

   Verunsicherung in Fragen der Familien- und

   Geschlechterverhältnisse

   Undurchschaubare politische Entscheidungsstrukturen

   Infragestellung kultureller Gewohnheiten

Attraktivität der AfD für Wähler

1. Sozioökonomische Attraktivität

   Konkurrenzrassismus („wir" gegen die „Ausländer")

   Kritik an Eliten und den Privilegien des Establishments

   Schutz vor Folgen der Globalisierung (Germany first)

2. Politisch-kulturelle Attraktivität

   Bestätigung eigener Ressentiments und Rassismen (Enthemmung)

   Bestätigung tradierter Normen und Werte

   (klassisches Familienbild, Ablehnung von Gender)

   Gefühl, dass die AfD als einzige ihnen zuhört, während sie von den

   postdemokratischen Eliten ausgegrenzt und ignoriert werden

Der Erfolg der AfD ist ein Backlash gegen die Modernisierung der europäischen Gesellschaften mit ihren Änderungen der Lebensverhältnisse, gegen das, was Nancy Fraser „Progressiven Neoliberalismus“ nennt: kulturelle Liberalisierung und Emanzipation in vielen Bereichen bei gleichzeitiger Verschärfung sozialer Gegensätze.

Paulina Fröhlich, Sozialforscherin, Das Progressive Zentrum, Berlin

In dem vom Bundesaußenministerium unterstützten Feldforschungsprojekt Rückkehr zu den politisch Verlassenen, welches in dieser Dokumentation enthalten ist, hat das Progressive Zentrum Berlin in Deutschland und Frankreich 500 Haustürbefragungen in Stadtteilen bzw. Gemeinden mit überdurchschnittlich hohen Wahlergebnissen für die AfD bzw. den Front National durchgeführt. Es handelt sich dabei nicht um eine repräsentative Befragung im statistischen Sinne, aber es wurde eine hohe Fallzahl von „Abgehängten“ erreicht, die geantwortet haben.

Dabei wurden zahlreiche gemeinsame Stereotypen herausgefunden: Diese Parteien werden wahrgenommen als diejenigen, die da in die Lücke springen, wo andere Parteien sich zurückgezogen haben oder nie präsent waren. Sie geben sich erfolgreich das Image, sich um die Probleme dieser Menschen zu kümmern, auch wenn es praktisch gar nicht stimmt. Dabei besetzen sie in ihrer Ansprache erfolgreich Sprachbilder (framing) wie z.B. „die Heimat zurückholen“. Bei allem unbestreitbar in diesen Milieus vorhandenen Rassismus sind es nicht die Zuwanderer, z. B. die Geflüchteten, die von den an ihren Haustüren Befragten primär als ihr Problem genannt wurden, sondern wirklich das Gefühl des „Verlassenseins“: Abbau von Sozialeinrichtungen und Infrastruktur, von Ärzten und Gesundheitsfürsorge über Freizeiteinrichtungen und Nahverkehr bis hin zum Abbau des letzten Briefkastens.

Paulina Fröhlich empfiehlt als einen ersten Schritt die lokale Präsenz der demokratischen Parteien in diesen Regionen zu verstärken. Oft seien die Rechtspopulisten die einzigen, die dort mit Gesicht, Adresse und Büro zu finden sind.

Dr. Daniel Mullis, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt

Für die Studie AfD in Frankfurt konkret – die Befragung wurden in zwei Frankfurter Stadtteilen mit hohen AfD-Ergebnissen, Riederwald und Nied, lokale Akteure befragt. Auch hier war erstaunlicherweise Migration gar nicht das große Thema, vielmehr wurde eine allgemeine Entfremdung in

ihrem Stadtteil beschrieben, mit dem sich die Befragten stark identifizieren. Dagegen standen die Themen Wohnen – Mieterhöhungen, Verdrängung, bauliche Substanz -, Verkehrsanbindung und fehlende bzw. abgeschaffte Infrastruktur – Stadtteilbibliothek in Riederwald, im Vordergrund.

Beschrieben wurde auch eine Transformation der sozialen Milieus: Waren früher viele Menschen z.B. in Nied nicht nur Nachbarn, sondern auch Arbeitskollegen in diversen großen Unternehmen z. B. der Chemieindustrie oder der Bahn, so hat sich durch den Wegfall der Arbeitsplätze viel geändert. Der Arbeitsort ist nicht mehr zugleich Begegnungsort.

Die vollständige Studie findet sich unter https:/www.hsfk.de/fileadmin/HSFK/Spotlight0218.pdf

Dominike Pauli, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE. im Römer, Frankfurt

Kleinteilige Betrachtung für den Frankfurter Westen

Befragt seit 2014 im Frankfurter Westen einmal CDU-Mitglieder oder bisherige CDU-WählerInnen, die ab ca. 2014 mit der AfD sympathisieren oder sie auch gewählt haben, und zum zweiten Facharbeiter und Druckereihelfer in einer großen Druckerei, die dort schon sehr lange zu guten Konditionen arbeiten, deren Arbeitsplatz nicht in Gefahr ist und die AfD wählen oder mit ihr sympathisieren.

Beide Gruppe nennen inhaltlich ähnliche Beweggründe: Innere Verunsicherung, das Gefühl, gesellschaftlich und politisch nicht wahr- bzw. ernst genommen oder gehört zu werden.

Sie haben ein tiefes Misstrauen gegen bisherige Autoritäten entwickelt, nachdem sich viele davon als Blender, Betrüger oder als zu schwach entpuppt haben (das geht von der Autoindustrie über die Steuerbetrügereien eines Herrn Hoeneß bis hin zu Politikern, die sich ihre Doktortitel durch unlautere Machenschaften ergaunert haben).

Außerdem ist ihnen die Moderne mit ihren komplizierten Zusammenhängen zu unüberschaubar und sie suchen nach jemandem, der ihnen das alles erklärt.

Die AfD bietet auf komplizierte Sachverhalte einfache Antworten. Ihre Protagonisten erklären autoritär, sie wissen, was getan werden müsste, um alles wieder zum Guten zu wenden: und alle Probleme kulminierten in der Asyl- bzw. Migrationsfrage.

Inhalte und Positionen sind den Befragten gleichgültig. Sie wählen die AfD

aus Protest oder weil sie die holzschnittartig groben Aussagen nachvollziehbar finden.

Keiner der Befragten gehört zu den materiell „Abgehängten“, im Gegenteil.

Trotzdem ist die Angst, dass die Zukunft vor allem für die eigenen Kinder und Enkel nicht gut werden wird, sehr groß.

Die deutlichere Verschiebung der AfD nach rechts wird nicht positiv bewertet, aber bis zu einem bestimmten Punkt ignoriert oder relativiert.

Wie weit diese Klientel bereit ist, letzteres mitzugehen, bleibt noch zu klären.

Tom Strohschneider, Berlin, Publizist

AfD und CSU/CDU: Kommt es zum Schulterschluss für eine rechtskonservative Wende?

Die Unionsparteien und die AfD spielen sich gegenseitig die Bälle zu, zum Beispiel wenn Seehofer von den Flüchtlingen als „Mutter aller Probleme“ spricht. Die inzwischen erreichte parlamentarische Präsenz ist, trotz meist relativ geringer Fraktionsgrößen, ein Problem: Ihre Auftritte im Parlament und die Berichterstattung darüber bewirken, dass eine bestimmte Rhetorik und Denkweise allmählich als normal hingenommen werden. Die parlamentarische Kooperation hinter den Kulissen, z. B. bei der Besetzung der Ausschüsse und Wahl von deren Vorsitzenden, trägt ebenfalls zur Normalisierung bei. Auch wenn es sich um etwas so Profanes handelt wie dem Ausschuss für Postwertzeichen, wo die AfD jetzt mitbestimmt, was auf einer Briefmarke abgebildet wird. Klingt nicht dramatisch, trägt aber zum sukzessiven Einsickern der Denkmuster der AfD in den Alltag bei. Grenz- und tabuverletzende Äußerungen von AfD-Abgeordneten, über die berichtet wird oder die sich die Menschen bei der Übertragung von Parlamentsdebatten direkt anhören, setzen sich allmählich als Sediment in den Köpfen ab. Auch das regelmäßige Schüren von Ressentiments und aggressiven Erregungszuständen führt zu rhetorischen Grenzverschiebungen.

Kurioserweise fällt den Linken paradoxerweise die Aufgabe zu, gegenüber der AfD den „demokratischen Kapitalismus“ zu verteidigen. Damit hat sie es nicht leicht. Denn eine Partei, die meist völlig zu Recht sagt, dass die Dinge eher schlimmer werden, hat schlechte Chancen gegen eine Partei, die verspricht, die richtigen Lösungen zu haben, damit alles besser wird.

„NEUER BONAPARTISMUS“. RECHTSPOPULISMUS AUS HISTORISCH-MATERIALISTISCHER SICHT

DR. GERD WIEGEL

AUSGANGSPUNKT:

- Der weltweite Aufstieg eines rechten oder autoritären Populismus hat auch innerhalb einer marxistisch orientierten Linken die Suche nach theoretischen Erklärungen, nach Modellen für diesen Aufstieg angestoßen
- Ein Hintergrund für die Suche nach solchen theoretischen Erklärungen oder Modellen ist aus meiner Sicht, dass der Aufstieg des rechten Populismus in einzelnen Ländern scheinbar gegen die Interessen der herrschenden Klasse, gegen die Interessen führender Kapitalfraktionen erfolgt.
- Freihandel, neoliberal grundierte Globalisierung, interventionistische Kriege zur ökonomischen Erschließung von Ländern und auch die freie Verfügung über ein unbegrenztes Arbeitskräftereservoir (Migration) liegen im Interesse führender Kapitalfraktionen.
- Eine populistische Rechte, die sich (zumindest verbal) gegen diese Interessen stellt, steht damit scheinbar im Widerspruch zu wichtigen Teilen der herrschenden Klasse: Ablehnung von TTIP, Infragestellung des Freihandels, Ablehnung von Interventionskriegen, Ablehnung von Arbeitsmigration, Forderung nach stärkeren staatlichen Interventionen in die Wirtschaft etc.
- Ein weiterer Grund für die Suche nach theoretischen Erklärungsmodellen liegt in der scheinbar heterogenen, zum Teil gegensätzlichen Klassenbasis der modernen Rechten: starke Erfolge bei Teilen der „Arbeiterklasse“, Bastionen in den Mittelklassen und bei spezifischen Kapitalfraktionen (Kleine und Mittlere Unternehmen).
- Die Bonapartismustheorie von Marx wird vermehrt als Referenz für die Erklärung des Aufstiegs des autoritären Populismus genannt: Brumlik in der Zeit, Buch „Die neuen Bonapartisten“

BONAPARTISMUSTHEORIE BEI MARX:

- Im „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“ zeichnet Marx die politische Entwicklung Frankreichs von der Juni-Revolution 1848 bis zum Staatsstreich Bonapartes 1851 nach.
- Der Text ist ein großartiges Beispiel materialistischer Geschichtsschreibung und Marx entwickelt den Gang der Ereignisse vor allem aus den divergierenden Klasseninteressen.
- Der Staatsstreich Louis Bonapartes wird von Marx als Ausdruck einer besonderen Situation im Klassenkampf der französischen Gesellschaft gesehen, die von ihm als eine Art Gleichgewicht der Klassen (Bourgeoisie und Proletariat) beschrieben wird, in der die Macht durch die Exekutive in Person Bonapartes ergriffen wird. Um ihre soziale Macht – sprich die Verfügungsgewalt über das Kapital – zu bewahren, muss die herrschende bürgerliche Klasse (die Bourgeoisie) ihre politische Macht abtreten und unterliegt damit politisch in gleicher Weise wie ihr Klassengegner (das Proletariat) der Staatsgewalt. (Zitat S. 154)
- Die parlamentarische Republik ist laut Marx das Mittel der Bourgeoisie, ihre spezifischen Klasseninteressen zu verallgemeinern und den Konsens der Herrschenden als herrschenden Konsens herzustellen.
- Mit dem Aufstieg des Proletariats werden die Gegensätze in der herrschenden Klasse größer und der Konsens brüchiger. Die freiwillige Abgabe der politischen Macht an die Exekutive dient der Sicherung der sozialen Macht des Kapitals.
- Die Diktatur Bonapartes stützt sich auf eine eigene heterogene Klassenbasis, zu der Marx die Mittelklassen, die Parzellbauern und das „Lumpenproletariat“ zählt. Als zentrale Stütze sieht er die Mittelklassen an.
- Schließlich spricht er von einer Verselbstständigung der Exekutive und deren Personifizierung durch Bonaparte, was häufig auch als Form des Cäsarismus gedeutet wird. Eine spezifische Art der Herrschaftsausübung geht damit einher (Zitat S. 207).
- Zusammenfassend: Gleichgewicht der Klassen, eigenständige Klassenbasis und die Verselbstständigung der Exekutive sind entscheidende Merkmale des Bonapartismus.

ADAPTION IN DER FASCHISMUSTHEORIE:

- In der Auseinandersetzung mit dem historischen Faschismus wurde die Bonapartismustheorie von marxistischen Theoretikern zur Erklärung des Aufstiegs des Faschismus herangezogen. Allerdings handelte es sich innerhalb der kommunistischen Bewegung immer um eine Minderheitenposition, während die Dimitroff-Theorie, mit der der Faschismus als offene Diktatur des Kapitals und die faschistischen Machthaber als „Agenten“ des Kapitals bewertet wurden, nahezu verbindlich war.
- August Thalheimer, Otto Bauer, Leo Trotzki u.a. versuchten mit Rückgriff auf den „achtzehnten Brumaire“ die relative Eigenständigkeit des Faschismus und seine Klassenbasis zu ergründen.
- Thalheimer macht folgende Analogien zwischen Bonapartismus und Faschismus aus:
- „Der Bonapartismus ist also eine Form der bürgerlichen Staatsmacht im Zustand der Verteidigung, der Verschanzung, der Neubefestigung gegenüber der proletarischen Revolution. Er ist eine Form der offenen Diktatur des Kapitals. Seine andere Form, aber nahe verwandte Form, ist die faschistische Staatsform.“ Zentral ist für Thalheimer dabei die Unterscheidung von politischer und sozialer Herrschaft. Um ihre soziale Herrschaft zu sichern, tritt das Kapital die politische Herrschaft ab.
- Weiter heißt es bei Thalheimer: „Unverkennbar sind wesentliche Züge gemeinsam mit der bonapartistischen Form der Diktatur: wieder die ‚Verselbstständigung der Exekutivgewalt‘, die politische Unterwerfung aller Massen, einschließlich der Bourgeoisie selbst, unter die faschistische Staatsmacht bei sozialer Herrschaft der Großbourgeoisie und der Grundbesitzer.“ Und etwas später: „Ebenso findet sich Übereinstimmung in der Situation des Klassenkampfes, aus der hier die bonapartistische, dort die faschistische Form der Staatsmacht hervorging. Im Falle des italienischen Faschismus, wie in dem des Bonapartismus, ein gescheiterter Ansturm des Proletariats, darauffolgende Enttäuschung in der Arbeiterklasse, die Bourgeoisie erschöpft, zerfahren, energielos nach einem Retter ausschauend, der ihre soziale Macht befestigt. Übereinstimmung auch in der Ideologie: als Hauptmittel die ‚nationale‘ Idee, der Scheinkampf gegen parlamentarische und bürokratische Korruption, Theaterdonner gegen das Kapital usw.“
- An dieser Stelle vertritt Otto Bauer eine andere Sichtweise: Nicht die

revolutionäre Gefahr durch das Proletariat, sondern die dauerhafte Einschränkung der Herrschaft der Bourgeoisie durch die bürgerliche Demokratie (allgemeines Wahlrecht) sei der Grund für die Machtübertragung an den Faschismus:

- In seiner Schrift Zwischen den Weltkriegen erklärt Bauer, die Etablierung bürgerlicher Demokratie schränke die Herrschaft der Bourgeoisie ein, sodass sie nur noch „unter dem ständigen Druck der Arbeiterklasse“ herrsche. In Krisenzeiten kapitalistischer Akkumulation, die gleichzeitig politische Krisen der Demokratie bedeuten, sinke die Bereitschaft der herrschenden Klasse, diesen Zustand zu akzeptieren, und führe zum Bestreben, das relative Klassengleichgewicht zu den eigenen Gunsten aufzuheben. „Die faschistische Diktatur entsteht so als das Resultat eines eigenartigen Gleichgewichts der Klassenkräfte. Auf der einen Seite steht eine Bourgeoisie, die die Herrin der Produktions- und der Zirkulationsmittel und der Staatsgewalt ist. Aber die Wirtschaftskrise hat die Profite der Bourgeoisie vernichtet. Die demokratischen Institutionen hindern die Bourgeoisie, ihren Willen dem Proletariat in dem Ausmaß aufzuzwingen, das ihr zur Wiederherstellung ihrer Profite notwendig scheint.“
- Nach Bauer ist es also nicht Furcht vor der Revolution, sondern die Eingrenzung durch den sozialistischen Reformismus, der die Option des Faschismus für die herrschende Klasse attraktiv machte: „Der Faschismus rechtfertigt sich vor der Bourgeoisie gerne damit, er habe sie vor der proletarischen Revolution, vor dem Bolschewismus gerettet. In der Tat hat der Faschismus in seiner Propaganda Intellektuelle, Kleinbürger und Bauern gerne mit dem Gespenst des Bolschewismus geschreckt. Aber in Wirklichkeit hat der Faschismus nicht in einem Augenblick gesiegt, in dem die Bourgeoisie von der proletarischen Revolution bedroht gewesen wäre. [...] Die Kapitalistenklasse und der Großgrundbesitz haben die Staatsmacht den faschistischen Gewalthaufen nicht deshalb überantwortet, um sich vor einer drohenden proletarischen Revolution zu schützen, sondern um die Löhne zu drücken, die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse zu zerstören, die Gewerkschaften und die politischen Machtpositionen der Arbeiterklasse zu zertrümmern; nicht also, um einen revolutionären Sozialismus zu unterdrücken, sondern um die Errungenschaften des reformistischen Sozialismus zu zerschlagen.“
- Schließlich beschreibt Thalheimer das „populistische Element“, das Bo-

napartismus und Faschismus verbinde: „Gleichzeitig will der Faschismus, wie der Bonapartismus, der allgemeine Wohltäter aller Klassen sein: daher ständige Ausspielung einer Klasse gegen die andere, ständige Bewegung in Widersprüchen im Inneren.“

AKTUALISIERUNG:

- Ich hoffe, dass durch die Darstellung einige Elemente der heutigen Debatte wieder zu erkennen sind, aber natürlich auch gravierende Unterschiede: Übereinstimmung bei der Art der politischen Kommunikation – Volk vs. Elite, ständige Widersprüche, verbaler Antikapitalismus (Anti-Neoliberalismus), Anti-Parlamentarismus. Gemeinsam auch die heterogene Klassenbasis und die starke Stellung in der „Arbeiterklasse“ und den Mittelklassen. Schließlich auch Formen der Personalisierung, des Anti-Establishments.
- Deutlich aber auch die großen Differenzen: fehlendes Klassengleichgewicht; keine Gefährdung der sozialen Macht des Kapitals; keine starke Linke – weder in revolutionärer noch in reformistischer Form.

Krise der liberalen Demokratien?

- Brexit als Erfolg von UKIP. Wahrnehmung der EU als Elitenprojekt
- Antiestablishment und rechtsradikale Einflüsse auf US-Präsidenten.
- Zusammenbruch des trad. Parteiensystems in Frankreich.
- Etablierung der modernisierten radikalen Rechten in Deutschland
- Rechtsverschiebung in Europa und Regierungsbeteiligung der radikalen Rechten

Ausgewählte Parteien des Rechtspopulismus

Land	Partei	Letztes Wahlergebnis	Regierung sverantw.
Österreich	FPÖ	26 % (+ 5,5)	ja
Frankreich	FN	21,3 % (+ 3,4)	nein
Polen	PiS	37,6 % (+ 7,7)	ja
Ungarn	Fidesz	49,2 % (+ 4,3)	ja
Italien	Lega (Nord)	17,3 % (+ 13,2)	ja
Dänemark	DF	21,1 % (+ 8,8)	Tolerierung
Schweden	SD	17,9 % (+ 5)	?
Deutschland	AfD	12,6 % (+ 7,9)	nein

Gründe für den Aufstieg der AfD

Sozioökonomische Gründe

- Verunsicherungen in der Arbeitswelt
- Abstiegserfahrungen; Abstiegsängste
- Negative ökonomische Zukunftsperspektive

Politisch kulturelle Wertorientierungen

- Verunsicherung in Familien- und Geschlechterverhältnissen
- Undurchschaubare pol. Entscheidungsstrukturen
- Infragestellung kultureller Gewohnheiten

Attraktivität der AfD für Wähler_innen

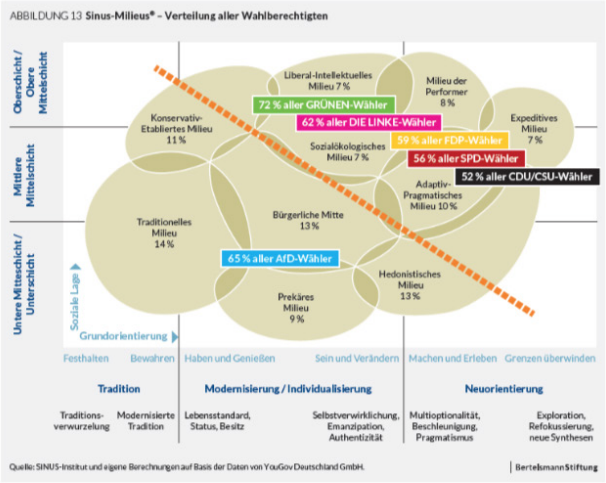
Sozioökonomische Attraktivität

- Konkurrenzrassismus
- Etabliertenvorrechte
- Schutz vor Globalisierung

Politisch/kulturelle Attraktivität

- Bestätigung eigener Ressentiments und Rassismen
- Bestätigung von tradierten Normen und Werthaltungen
- Anklage gegen postdemokratische Zustände

„Modernisierung“_ Skeptiker/ Befürworter



Gegenstrategien

Kurzfristig

- „Entlarvung“ hat nicht funktioniert
- „Normalisierung“ verhindern
- Themen der AfD durch eigene Themen ersetzen (soziale Frage statt Rassismus)
- Widersprüche in der AfD befördern
- Zivilgesell. Bündnisse
- Wer ist erreichbar?

Langfristig

- Radikale aber durchsetzbare Alternativen von links
- Unterscheidbarkeit der gesell. Linken; „Klassenpolitik“
- Bruch mit Neoliberalismus

www.linksfraktion.de

RÜCKKEHR ZU DEN POLITISCH VERLASSENEN

PAULINA FRÖHLICH

STUDIENDESIGN

DAS PROGRESSIVE ZENTRUM

DIE WICHTIGSTEN FAKTEN ZU DEN 500 GESPRÄCHEN

Orte der Befragung

in Klammern das AfD- bzw. FN-Ergebnis der besuchten Stimmbezirken bei der letzten Wahl[a]:

Deutschland		Frankreich	
Ost[b]:		Nord:	
Berlin Marzahn-Hellersdorf	(28,3%; 27,7%)	Calais-Matisse-Toulouse-Lautrec	(37,0%)
Eisenhüttenstadt	(25,1%; 24,1%)	Loon-Plage-Les Kempes	(42,5%)
Fürstenwalde-Molkenberg	(23,0%)	Tournehem-sur-la-Hem	(41,2%)
West:		Süd:	
Duisburg-Neumühl	(30,4%; 29,7%; 27,2%)	Marseille 14-Centre Urbain	(27,0%)
Gelsenkirchen-Ost	(28,8%; 26,2%; 25,6%)	Marignane-La Calagovière-Parc Camoin	(42,0%)
Datteln-Meckinghoven	(17,0%; 15,8%)	Arles-Mas-Thibert	(29,0%)

Durchschnittsalter der Befragten: 48,8 Jahre
Geschlechterverteilung: 52% Männer, 48% Frauen
Befragungszeitraum: 05. - 14. September 2017 (Deutschland)
25. - 29. September 2017 (Frankreich)

[a] Die Wahlergebnisse beziehen sich in Deutschland auf die Zweitstimme der Bundestagswahl 2017, in Frankreich auf die Präsidentschaftswahlen 2017. Da die Befragung jedoch vor der Bundestagswahl durchgeführt wurde, wurde die Auswahl der Orte auf Basis der Ergebnisse der letzten Landtagswahl getroffen.
[b] Reihenfolge der Orte nach großstädtischen, vor- bzw. kleinstädtischen und ländlichen Gebieten

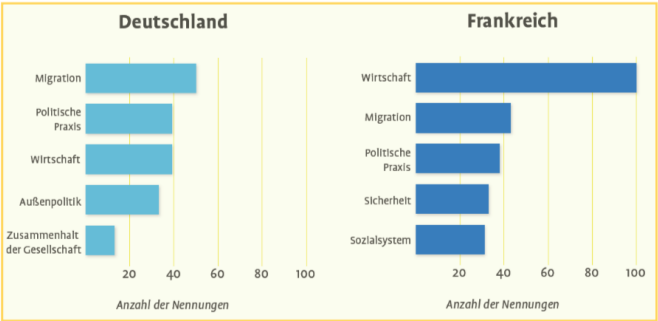
11 Offene Fragen

25 Minuten (durchschnittliche Gesprächsdauer)

500/5.102 Verhältnis Gespräche / Hausbesuche

1. DEUTUNGSMUSTER:
Vergleichende Abwertungslogik gegenüber Migranten

DAS PROGRESSIVE ZENTRUM



Frage: "Was ist das größte Problem, das Deutschland/Frankreich hat?"
Häufigkeiten der fünf meistgenannten Themenbereiche (Anzahl der Nennungen)

1. DEUTUNGSMUSTER:
Vergleichende Abwertungslogik gegenüber Migranten

DAS PROGRESSIVE ZENTRUM

„Es gibt kein Zusammenhalt hier, weil hier 70 Prozent Ausländer sind. Da sind auch super Leute mit bei, aber die können kein Deutsch. Dann kann man sich nicht verständigen."

Mann, 64 Jahre, Duisburg-Neumühl

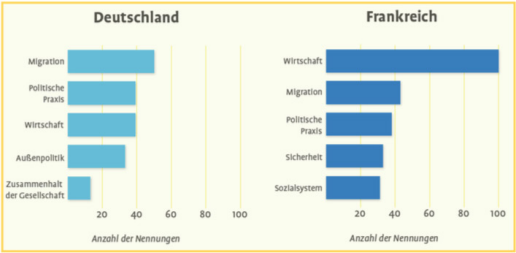
„Das fehlende Geld ist mein Hauptproblem, obwohl ich Vollzeit arbeiten gehe. Auch viele Freundinnen sind alleinerziehend - das kann man nicht mit ansehen! Gerade ist die Schule wieder los gegangen, vier Hefte 20 Euro! Ich habe 15 Jahre lang den gleichen Lohn bekommen, aber alles wird teuer."

Frau, 39 Jahre, Duisburg-Neumühl

ZUSAMMENFASSUNG DES 1. DEUTUNGSMUSTERS:
Vergleichende Abwertungslogik gegenüber Migranten

DAS PROGRESSIVE ZENTRUM

- Beruht auf Benachteiligungsgefühl
- Diskrepanz zwischen bundespolitischer Ebene (fern) und persönlicher Ebene (nah)
- Keine intrinsische (personenbezogene) Fremdenfeindlichkeit, sondern abstrakte Abwertung



Frage: "Was ist das größte Problem, das Deutschland/Frankreich hat?"
Häufigkeiten der fünf meistgenannten Themenbereiche (Anzahl der Nennungen)

„Es gibt kein Zusammenhalt hier, weil hier 70 Prozent Ausländer sind. Da sind auch super Leute mit bei, aber die können kein Deutsch. Dann kann man sich nicht verständigen."

Mann, 64 Jahre, Duisburg-Neumühl

„Das fehlende Geld ist mein Hauptproblem, obwohl ich Vollzeit arbeiten gehe. Auch viele Freundinnen sind alleinerziehend - das kann man nicht mit ansehen! Gerade ist die Schule wieder los gegangen, vier Hefte 20 Euro! Ich habe 15 Jahre lang den gleichen Lohn bekommen, aber alles wird teuer."

Frau, 39 Jahre, Duisburg-Neumühl

2. DEUTUNGSMUSTER:
Problemverweigerung der Politik

DAS PROGRESSIVE ZENTRUM

„Keine Partei löst die Probleme, weil sie alle nur die Lobbyisten bedienen - sie dienen nicht dem Bürger. So funktioniert der Kapitalismus."

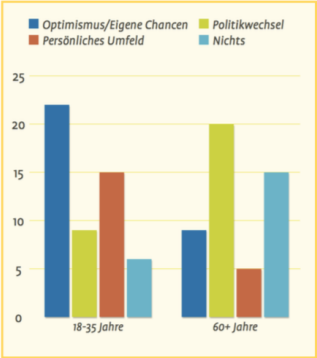
Mann, 51 Jahre, Fürstenwalde

„Deutschland kümmert sich nur um Außenpolitik, aber nicht um Innenpolitik. Die müssten sich viel mehr um die eigenen Bürger kümmern."

Mann, 58 Jahre, Marzahn-Hellersdorf

2. DEUTUNGSMUSTER:
Problemverweigerung der Politik

DAS PROGRESSIVE ZENTRUM

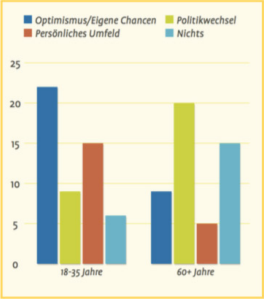


Frage: "Was gibt Ihnen Hoffnung für die Zukunft?"
Häufigkeiten der vier meistgenannten Themenbereiche (Anzahl der Nennungen)

ZUSAMMENFASSUNG DES 2. DEUTUNGSMUSTERS:
Problemverweigerung der Politik

DAS PROGRESSIVE ZENTRUM

- Mangelnde Anerkennung eigener Probleme, verstärkt durch Vorrang von Außenpolitik oder Migrationspolitik
- Nährboden für „Deutschland zuerst"-Kurs
- Kritik an „politischer Praxis"



„Keine Partei löst die Probleme, weil sie alle nur die Lobbyisten bedienen - sie dienen nicht dem Bürger. So funktioniert der Kapitalismus."

Mann, 51 Jahre, Fürstenwalde

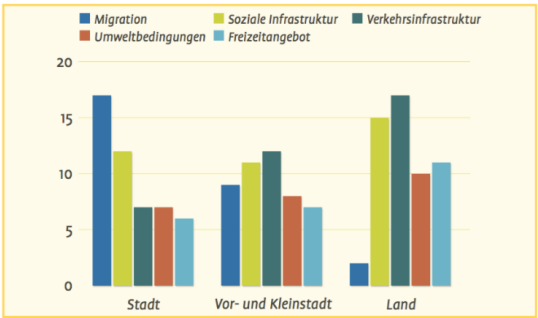
„Deutschland kümmert sich nur um Außenpolitik, aber nicht um Innenpolitik. Die müssten sich viel mehr um die eigenen Bürger kümmern."

Mann, 58 Jahre, Marzahn-Hellersdo

Frage: "Was gibt Ihnen Hoffnung für die Zukunft?"
Häufigkeiten der vier meistgenannten Themenbereiche (Anzahl der Nennungen)

3. DEUTUNGSMUSTER:
Verlassensein von Sozial- und Verkehrsinfrastruktur

DAS PROGRESSIVE ZENTRUM

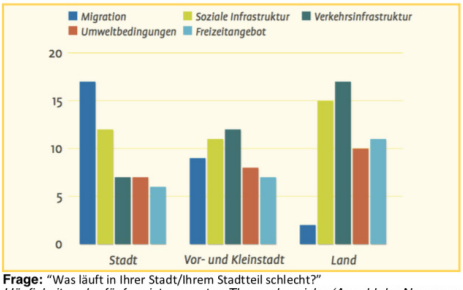


Frage: "Was läuft in Ihrer Stadt/Ihrem Stadtteil schlecht?"
Häufigkeiten der fünf meistgenannten Themenbereiche (Anzahl der Nennungen)

ZUSAMMENFASSUNG DES 3. DEUTUNGSMUSTERS:
Verlassensein von Sozial- und Verkehrsinfrastruktur

DAS PROGRESSIVE ZENTRUM

- Persönlich erlebte Strukturschwächung
- Nicht allein ein ländliches Phänomen, sondern auch ein Problem urbaner Räume



Frage: "Was läuft in Ihrer Stadt/Ihrem Stadtteil schlecht?"
Häufigkeiten der fünf meistgenannten Themenbereiche (Anzahl der Nennungen)

„Die Busverbindungen sind sehr schlecht, unter der Woche kommt der nur einmal pro Stunde, am Samstag kommt man nach 15 Uhr gar nicht mehr weg. Viele alte Frauen würden gerne noch was machen, aber das geht deswegen nicht. Und der Postkasten ist abmontiert worden, der einzige hier ist für viele nicht mehr fußläufig zu erreichen, der ist ganz am Ende der Siedlung. Im Winter wird nicht die Straße geräumt, haben die letzte Einstufung durch das Straßenamt, erst wenn ein Notarztwagen nicht mehr durchkommt, dann wird geräumt."

Frau, 54 Jahre, Gelsenkirchen-Ost

WAS KEINE DEUTUNGSMUSTER UNSER GESPRÄCHSPARTNER SIND

DAS PROGRESSIVE ZENTRUM

- **Zentrale Narrative der Populisten**
  (z.B. Islamisierung, Europaskepsis, pauschale Medienkritik)
- **Ablehnung des demokratischen Systems**
  (gewünscht wird jedoch ein Politikwechsel)
- **Verschwörungstheorien**

[...]

HANDLUNGSFELDER

DAS PROGRESSIVE ZENTRUM

1. **Innere Solidarität** als Voraussetzung für äußere Solidarität

2. **Infrastruktur** zur Förderung der Chancengleichheit

3. Strukturstärkung durch **lokale Parteipräsenz**

4. **Strukturwandel** gesellschaftsverträglich gestalten

5. **Selbstbewusstsein** gegenüber populistischen Narrativen

„Den Sozialstaat so gestalten, dass alle gerecht behandelt werden. Also Arbeit ohne Ausbeutung, aber auch Selbstverantwortung einfordern, ohne geht es nicht. Aber der Sozialstaat als Netz für alle, die das brauchen."

Mann, 40 Jahre, Gelsenkirchen-Ost

DIE AFD IM FRANKFURTER WESTEN

KLEINTEILIGE BETRACHTUNG UND WAS KOMMUNALPOLITIK TUN KÖNNTE

DOMINIKE PAULI

Den Frankfurter Westen bilden 8 Stadtteile mit Höchst als Zentrum. Er hat 135.000 Einwohner, also ungefähr so viel wie ganz Offenbach. Früher überwiegend Arbeiterviertel (Farbwerke Höchst), weisen sie heute eine ziemlich gemischte Struktur auf: von richtig arm über kleinbürgerlich bis hin zu gut- situierter Mittelschicht. Heute sind diese westlichen Stadtteile und der angrenzende Main-Taunus-Kreis die Hochburg der AfD im Frankfurter Raum. Den Gründen dafür galt es nachzugehen.

Meine folgenden Analysen und Einschätzungen basieren auf Interviews mit GesprächspartnerInnen, die direkten Kontakt mit dortigen AfD-WählerInnen haben. In einigen Fällen konnte ich auch mit früheren CDU-Wählern sprechen, die seit 2014 (Europawahl) zur AfD gewechselt sind, bzw. mit bisherigen NichtwählerInnen, die aber diesmal AfD gewählt haben. Das gelang nur, weil ich seit Jahrzehnten im Frankfurter Westen verwurzelt bin und bis 1992 Mitglied der CDU war. Heute bin ich auch Vorsitzende der LINKEN-Fraktion im Ortsbeirat 6, der den gesamten Westen umfasst.

Bundestagswahl 24.09.2017

Insgesamt hat die AfD in Frankfurt einen Stimmanteil von 8,6 % erhalten. Im Frankfurter Westen lag sie überall signifikant darüber. Während die SPD überall um die 4% eingebüßt hat, hat DIE LINKE in allen acht West-Stadtteilen zugelegt, z.T. erheblich. Der große Verlierer ist die CDU. Um das Ausmaß der Verluste der CDU zu verdeutlichen, sind sie in der folgenden Tabelle den Ergebnissen der AfD und zum Vergleich denen von DIE LINKE gegenübergestellt:

Höchst	AfD 11,1	LINKE 14,6	CDU -7,5
Griesheim	AfD 12,2	LINKE 11,3	CDU -8,7
Nied	AfD 14,2	LINKE 10,5	CDU – 8,7
Sindlingen	AfD 13,6	LINKE 9	CDU – 8,5
Sossenheim	AfD 13,6	LINKE 12,6	CDU -9,5
Unterliederbach	AfD 11,6	LINKE 10,2	CDU - 8,7
Zeilsheim	AfD 14,5	LINKE 8,2	CDU - 9,7
Schwanheim	AfD 12,4	LINKE. 8,7	CDU – 8,7

Dass der Zulauf zur AfD im Frankfurter Westen nicht erst mit der Bundestagswahl, sondern bereits bei der Europawahl 2014 eingesetzt hat, verdeutlicht nachstehende Tabelle:

Zeilsheim	10,3
Nied	10
Höchst	8,1
Schwanheim	9,4
Sindlingen	9,0
Sossenheim	10,3
Unterliederbach	10,9
Griesheim	10,4

Gründe für den rasanten Vertrauensverlust der CDU

Warum haben bisherige CDU- WählerInnen im Frankfurter Westen „ihre“ Partei so abgestraft und (neben bisherigen NichtwählerInnen) die AfD so stark gemacht? Das Aufkommen der AfD fiel in eine Zeit, in der immer mehr klassische CDU-WählerInnen sich zunehmend von ihrer Partei entfremdet fühlten, weil sie in Kernthemen für die CDU grundsätzliche Veränderungen ihrer Position vorgenommen hat und einen Kurs fährt, dem viele von ihnen nicht mehr folgen wollen. Um dem nachzugehen, möchte ich zuerst wiedergeben, was mir meine GesprächspartnerInnen als Gründe für ihre Unzufriedenheit genannt haben:

Abschaffung der Wehrpflicht, Atomausstieg, Homosexuellenehe („Ehe für alle“), Flüchtlingspolitik, Bankenrettung, Europa und der Euro. Sie hätten

es eher verkraftet, wenn die SPD dafür verantwortlich gewesen wäre. Aber das zum Beispiel gerade ein CSU-Minister, Guttenberg, das Ende der Wehrpflicht initiiert hat, oder die CDU-Kanzlerin Merkel die Flüchtlingspolitik von 2015 verantwortet, können viele nicht akzeptieren. Für viele Befragte ist die CDU keine Garantin mehr für das Versprechen, dass es mit einer Art sozialer Marktwirtschaft allen ganz gut gehen werde. In ihren Augen hat die CDU an Wirtschaftskompetenz verloren, da sie nicht mehr in der Lage sei, jedem, der arbeitet, sein Auskommen zu ermöglichen.

Aber auch die Generationenfrage spielt eine große Rolle: Nicht nur ältere CDU-Anhänger fürchten um ihren Ruhestand – dass die Renten sicher seien, hat ihnen schon lange niemand mehr versprochen. Und auch für ihre Kinder und Enkel sehen sie schwarz, nicht nur bei der Rente, auch deren Berufschancen werden als unsicher beurteilt. Deshalb steht man Veränderungen, die die Globalisierung und Digitalisierung mit sich bringen, grundsätzlich skeptisch gegenüber.

Dazu gesellt sich ein wachsendes Unbehagen über das Verhalten der sogenannten Eliten, die politisch der CDU zugerechnet werden: Steuerhinterzieher wie Zumwinkel und Hoeneß, kriminelle Manager von Banken, Betrügereien der Autohersteller, Politiker wie Guttenberg und viele weitere, die sich akademische Titel erschlichen haben.

All dies führt zu einem vagen, aber tiefsitzenden Lebensgefühl, ohnmächtig, fremdbestimmt und gering geschätzt zu sein. Bei allen Gesprächen kamen Aussagen wie „nicht mehr mitreden zu können“, „alles von oben übergestülpt zu bekommen“, „sich abgehängt zu fühlen“.

Der Weg von der CDU zur AfD

Auch in der Kommune, also im direkten Lebensumfeld, haben die Befragten das Vertrauen in die konservativen PolitikerInnen verloren. In der CDU-Wählerschaft gab es zunehmend Kritik an der schwarz-grünen Stadtpolitik in Frankfurt. So stieß in dieser Klientel die Schließung des Liesel-Christ-Theaters auf Entrüstung, der einzigen Bühne, die speziell ein eher älteres, konservatives und lokalpatriotisch-frankfurterisches Publikum ansprach. Für Verdruss sorgte auch der kleinliche Umgang mit lokalen Vereinen (Erhöhung der Saalbaumieten, restriktive Handhabung von Plakatierungswünschen), die Erhöhung der Eintrittspreise für Zoo und Schwimmbäder, der Zustand der Frankfurter Schulen und vieles mehr. Bei meinen diesbezüglichen aktuellen Nachfragen wurden kaum irgendwelche Kompetenzen seitens der AfD angeführt, sondern vielmehr die Unzufriedenheit mit der

CDU, der Politik allgemein und zunehmend auch der Wirtschaft. Es steigt das Gefühl, niemandem mehr trauen zu können, weil „alle nur lügen“: Politiker, Presse sowieso, aber auch ehemalige Respektspersonen wie z.B. Polizisten. Ein von mir Befragter hat seine Stimmungslage mit den Worten: „Ich will endlich Nein sagen können und gehört werden“ zusammengefasst.

Allerdings ist zu vermerken, dass es „rechte Grenzen“ gibt, z.B. bestimmte Äußerungen von Bernd Höcke, die auch für ehemalige CDU-Anhänger, die jetzt AfD-Wähler sind, grenzwertig sind. Aber diese Wählerschicht hat schon viele Grenzverschiebungen nach rechts bei der AfD mitgemacht, von der populistischen „Professorenpartei“ unter Lucke, die mit einfachen Antworten auf komplizierte Fragen ein gewisses Sicherheitsgefühl wecken konnte, über die schon deutlich nationalistischere Linie unter Frauke Petry bis hin zum heutigen Kurs der Höcke/Gauland/Weidel. Wo für sie der Moment des stop-loss ist, bleibt abzuwarten. Jedenfalls ist die AfD auch im Frankfurter Westen die aktuelle Protestpartei für ein weites Spektrum von WählerInnen, die mit der Stimmabgabe hauptsächlich ihrem tiefsitzenden Unmut durch Protest Ausdruck verleihen wollen.

Eine gewisse Kontinuität beim Übergang von der CDU zur AfD mag auch dadurch gegeben sein, dass etliche führende Köpfe der AfD zuvor schon führend in der Frankfurter bzw. hessischen CDU gewesen waren:

- Alexander Gauland, Fraktionsvorsitzender im Bundestag und Bundessprecher der AfD, war 1973 bis 2013 Mitglied der CDU, war unter Walter Wallmann erst im Frankfurter Römer, dann im Bundesumweltministerium tätig und leitete schließlich die Staatskanzlei in Wiesbaden, als jener Hessischer Ministerpräsident war.
- Albrecht Glaser, stellvertretender Bundesvorsitzender der AfD und Leiter von deren Satzungskommission, war 42 Jahre in der CDU und in Frankfurt lange Jahre hauptamtlicher Stadtrat, Wirtschafts- und Gesundheitsdezernent und dann Kämmerer, wo er hinter dem Rücken des Römer-Parlaments über 100 Millionen in zwei spekulativen Fonds anlegte, die riesige Verluste erlitten und der Stadt einen Schaden von –zig Millionen Euro zufügten. Ausgerechnet er schloss sich in einer Rede in Fulda am 19.09.2013 der Forderung des US-Milliardärs Warren Buffet an, man solle Parlamentariern, die für die Aufnahme neuer Schulden stimmten, für die nächste Legislatur die Wählbarkeit entziehen, womit er selbst in der AfD Irritationen auslöste. Was die AfD nicht davon abhielt, Glaser als ihren Kandidaten für die Wahl des Bundespräsidenten 2017 aufzustellen.

- Horst Hemzal, früher Frankfurter Sozialdezernent der CDU und dann ebenfalls Kämmerer, trat auch 2013 zur AfD über.
- Erika Steinbach, langjährige Frankfurter CDU-MdB und Präsidentin des „Bundes der Vertriebenen“ und Galionsfigur der äußersten Rechten in der CDU, wechselte mit Ablauf ihres Mandats 2017 zur AfD, was dann allerdings niemand mehr verwunderte.

Drucker, gewerkschaftlich organisierte Facharbeiter, guter Tarifvertrag – und trotzdem AfD

Ergänzend zu der Gruppe der ehemaligen CDU-Wähler habe ich mit Beschäftigten einer großen Druckerei Gespräche geführt. Befragt wurden Drucker, also Facharbeiter mit einem immer noch sehr guten Einkommen und einem sicheren Tarifvertrag. Bei früheren Tarifauseinandersetzungen war ich bei Streiks immer vor Ort, habe an Streikberatungen teilgenommen und dabei viele Gespräche mit KollegInnen geführt. Bis ca. 2011 waren viele Drucker politisch engagiert, relativ links, durchaus auch der LINKEN zugewandt. Höhepunkt war ein Auftritt von Sarah Wagenknecht auf einer Betriebsversammlung. (Zu dieser Zeit war auch ein LINKER zuständiger Gewerkschaftssekretär, der sich sehr für die Politisierung der Belegschaft engagiert hat<<<, mit seinem Nachfolger hat sich das leider geändert.)

Seitdem ist das stetig abgebröckelt, und heute genießt die AfD dort große Sympathie. Viele erklären ganz offen, diese Partei auch schon gewählt zu haben. Nach den Gründen befragt, ergibt sich durchaus ein analoges Bild wie bei den ehemaligen CDU-Wählern: Angst vor einer unsicheren Zukunft, Skepsis, ob das mit der Rente noch klappt. Die Aufstiegs- oder auch nur Jobchancen für die Kinder und Enkel werden als sehr unsicher oder kaum noch möglich eingeschätzt. Auch wenn an der Oberfläche die Begründungen oft ökonomischer Natur sind, die Verunsicherung geht tiefer und wäre sicher nicht mit z.B. einem höheren Mindestlohn (der ja bei diesen Tarifen eh uninteressant wäre) zu überwinden.

Die AfD bietet für die tiefe Verunsicherung, die Angst vor den modernen Zeiten, gegen den Verlust von Autoritäten und Gewissheiten, kurz also den ganzen Flurschaden, den der Neoliberalismus bei den Menschen angerichtet hat, eine einfache und gefährliche Lösungsformel an: die Betonung der Nation (Gauland: Wir holen uns unser Land, unser Volk wieder zurück). So äußert sich Jürgen Habermas schon 1985 in „Die neue Unübersichtlichkeit“:

„Nicht nur die gesellschaftlichen, auch die politischen Verhältnisse sind heute kaum noch durchschaubar. Wer hält tatsächlich die Macht in Händen? Viele Menschen haben das Vertrauen in die Politik verloren, die ihnen zunehmend fremder und unheimlicher wird. Ein Gefühl der Ohnmacht macht sich überall breit."

Ich glaube, hier muss DIE LINKE. ganz besonders dagegenhalten: Nationalstaatliche Borniertheit ist kein Gegenmittel gegen die Verunsicherung durch den Neoliberalismus! Allein mit der Problematisierung der sozialen Frage ist nicht zu gewinnen, so mein Fazit nach den intensiven Gesprächen in den beiden beschriebenen Milieus. Wir müssen von links die Demokratiefrage, die Frage nach Bürgerbeteiligung, die Themen der Globalisierung, der Sicherheit und so weiter mit Antworten füllen. Zum Beispiel käme es für uns im Stadtparlament ebenso wie in den Ortsbeiräten darauf an, die möglichen Anschlussstellen anderer Parteien an die Rechtspopulisten zu identifizieren und ihnen entgegenzutreten. Zum Beispiel die Anträge für ein Burka-Verbot und für die statistische Erfassung von Ehrenmorden: Beides stammt von der CDU, dem Ehrenmordantrag hat im Ortsbeirat leider auch die SPD zugestimmt. Mit solchen Versuchen, am rechten Rand zu fischen, bieten diese Parteien Anschlussstellen für Gedankengut von AfD und Co. Der Widerstand gegen die Rechtspopulisten ist kein Alleinauftrag an die LINKEN. Wir müssen dies von allen demokratischen Parteien bzw. Fraktionen einfordern und dürfen es ihnen nicht durchgehen lassen, wenn sie durch rechtspopulistische Positionierungen AfD-Gedankengut hoffähig machen.

Enden möchte ich mit einem Zitat von Wilhelm Heitmeyer: (Wilhelm Heitmeyer, 72, war bis 2013 Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld. Seit den 80er Jahren untersuchte er Rechtsextremismus, von 2002 bis 2012 lief seine Langzeitstudie zur "gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit".)

„Mit Hilfe der Globalisierung breitet sich ein autoritärer Kapitalismus aus, der einen erheblichen Kontrollgewinn über die Gesellschaft erzielt. Zugleich führt er zu einem Verlust der Kontrolle nationalstaatlicher Politik.

In Teilen der Bevölkerung wird es außerdem so wahrgenommen, dass sie auch selbst Kontrolle verlieren - über die eigene Biografie, und auch über die Politik. Das führt bei ihnen zu einer Demokratie-Entleerung und zu Desintegration. Dadurch wächst die Gefahr, dass diese Menschen ihr Heil bei den Rechten suchen, die ihnen versprechen, ihnen die Kontrolle zurückzugeben. Bereits 2002 konnten wir feststellen, dass etwa 20 Prozent der

Bevölkerung rechtspopulistisch eingestellt sind. Ein Teil war wahlpolitisch gesehen bei anderen Parteien unterwegs oder ausgeklinkt. Oder sie sind in ihrer Hoffnungslosigkeit und ihrem Unterlegenheitsgefühl in eine wutgetränkte Apathie verfallen. Bei Pegida und der AfD haben dann viele offenbar das Gefühl gehabt, hier gebe es einen Ort, wo sie sich endlich Gehör verschaffen können.“ (*Unterstreichungen von D. P.*)

* * *